

**Beschluss 2 der Europawahlwerkstatt 2024
der CDU Brüssel-Belgien vom 20. Februar 2024**

Soziale Marktwirtschaft nachhaltig gestalten

Einleitung

Für die CDU Brüssel gehen **wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz Hand in Hand**. Europa soll seinen Unternehmern wieder mehr Spielraum und Perspektiven geben. Wir brauchen mit unseren Landwirten und allen Menschen in den ländlichen Räumen mehr Dialog. Europäische Entscheider müssen die politischen Weichen so stellen, dass die soziale Frage nicht neu aufbricht. Und schließlich wünschen wir uns ein Europa, das im internationalen Handel noch besser wird.

Die Soziale Marktwirtschaft steht im globalen Wettbewerb mit anderen politischen und wirtschaftlichen Systemen und ist nach wie vor das in jeder Hinsicht erfolgreichste Modell. Die Soziale Marktwirtschaft hat im internationalen Vergleich zu hohem Wohlstand für breite Schichten in Deutschland und Europa geführt. In der Sozialen Marktwirtschaft finden Gründer und Innovatoren beste Ausgangsbedingungen. Rechte von Arbeitnehmern sind weit ausgebaut und robust geschützt. Und die Soziale Marktwirtschaft bietet Verbrauchern die weitestmögliche Freiheit bei der Auswahl von wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen.

Zugleich sind Risse in unserem Wirtschaftsmodell erkennbar. Das gilt zum einen für die soziale Dimension der Marktwirtschaft. Der beständige Anstieg der Sozialausgaben zeigt, dass auch unter Berücksichtigung der hohen Flüchtlingszahlen der Sozialstaat immer mehr an seine Grenze stößt. Zum anderen wird spürbar, dass die bisherige Art von Produktion und Konsum die Grundlagen von Freiheit und Wohlstand untergraben kann. Der Klimawandel, das rapide Verschwinden biologischer Vielfalt, die Vermüllung der Meere und der Verlust fruchtbarer Böden sind Warnzeichen, dass das Ende der natürlichen Ressourcen unseres Planeten bald erreicht ist. Gerät der Klimawandel außer Kontrolle, gefährdet er die ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen, in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt.

Wir müssen jetzt handeln, um Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Klimapolitik nachhaltig abzustimmen und weiterzuentwickeln.

Die Europäische Union hat vor diesem Hintergrund die richtigen Schlüsse gezogen und Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels übernommen. Die zu Ende gehende europäische Legislaturperiode 2019 – 2024 war geprägt von Krisen, namentlich der Coronakrise, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Vollzug des Brexit. Sie war aber auch die **Periode des sog. „Green Deal“** mit dem die Europäische Union das im Klimagesetz verankerte Ziel - Klimaneutralität bis 2050 – erreichen will. Dieses Ziel hat und wird die CDU/CSU ohne Wenn und Aber weiterhin unterstützen. **Dabei wurden jedoch aus wirtschaftspolitischer Sicht die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausreichend berücksichtigt, was den Wohlstand in Europa inzwischen erkennbar gefährdet.**

Klimadiplomatie anstatt Deindustrialisierung! Standortpolitik anstatt Dirigismus!

Bis zum Jahr 2050 wird mit einem Anstieg der jährlichen CO₂-Emissionen auf bis zu 43,1 Milliarden Tonnen weltweit gerechnet – entgegen der Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens, die Emissionen bis 2050 global auf null zu senken. Die G20-Staaten waren im Jahr 2021 für über 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich¹. An der Spitze der größten Kohlendioxidemittenten steht China mit einem Anteil von 32,9 Prozent, gefolgt von den Vereinigten Staaten mit 13,9%, der Europäischen Union mit 9% (Deutschland 1,76%), Indien mit 7%, Russland mit 4,7% und Japan mit 2,88%. **Dies kann nur zur Schlussfolgerung führen, dass die Europäische Union allein die Klimaerwärmung nicht stoppen kann. Ein ideologisches Festhalten an maximalen Reduktionszielen auf Kosten von Jobs, Wertschöpfung, Know-how und Wohlstand in Europa muss daher beendet werden. Dem Klimawandel können wir nur gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft erfolgreich entgegenwirken.**

Die EU steht nicht nur mehr denn je im internationalen Wettbewerb, sondern muss sich seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem nach innen immer autokratischer und nach außen mehr und mehr aggressiven China mit neuen geostrategischen und entsprechend geoökonomischen Bedingungen auseinandersetzen. **Wir begrüßen den von der Europäischen Union erfolgreich initiierten Ansatz der Risikominimierung gegenüber China. Darüber hinaus muss aber die europäische Handelspolitik wieder mehr im Kontext von geostrategischen Rivalitäten bewertet werden.** Wir brauchen daher **enge Handelsbeziehungen vor allem zu den Demokratien dieser Welt** nicht zuletzt um unsere strategische Autonomie und Resilienz zu stärken.

Wir brauchen aber vor allem mehr Pragmatismus in der Handelspolitik. Wir lehnen es ab Freihandelsabkommen mit überambitionierten klima- und gesellschaftsideologischen Gründen zu überfrachten und damit zum Scheitern zu verurteilen, wie man am Beispiel des seit vielen Jahren verhandelten MERCOSUR-Abkommens sehen kann. Wir brauchen **pragmatische Partnerschaften als Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung des europäischen Modells der zu einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft. Europäische Handelspolitik muss wieder primär europäischen Interessen dienen und Möglichkeiten des Exports für Nachhaltigkeit ‚Made in Europe‘ schaffen.** Erfolgreiche Klimahandelspolitik kann nicht eine Fortsetzung der von vorneherein falschen Gebots- und Verbots politik innerhalb der EU sein.

Freiwilliger oder erzwungener Verzicht auf dieses und jenes in der EU und manchen Partnerländern wird den Klimawandel nicht aufhalten. Das gilt erst recht mit Blick auf die Milliarden Menschen auf unserem Planeten, die nichts sehnlicher wollen als den Anschluss an ein modernes Leben. Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung, der Europäer und der Deutschen ist „Nullwachstum“ keine Alternative und Wachstumsrückgang „eine Armutsfalle. Für die meisten Menschen ist die Steigerung der Wirtschaftsleistung nach wie vor der Hebel für höhere Einkommen, bessere Bildung und Gesundheitsversorgung und mehr materiellen Komfort.

Es ist daher eine entscheidende Zukunftsfrage für die Europäische Union wie das Zusammenspiel von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig organisiert werden kann. Wie können wir – in und nach der Pandemie sowie unter geostrategisch veränderten Vorzeichen – weiterhin besser

¹ Quelle: Emissionsdatenbank der Europäischen Kommission, EDGAR.

leben, Wachstum und Beschäftigung sichern und gleichzeitig die Umwelt und das Klima schützen?

Empfehlungen der CDU Brüssel für die europäische Legislativperiode 2024 bis 2029

1. Klimaschutz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gehen Hand in Hand!

- Die CDU steht für die Prinzipien von Leistung, Wettbewerb um die besten Lösungen und Marktwirtschaft. Die nachhaltige Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist Notwendigkeit und Lösungsansatz zugleich. Daher fordern wir, **Nachhaltigkeit ganzheitlich zu denken: sowohl wirtschaftlich, sozial, finanziell als auch ökologisch**. Hierzu braucht Europa mehr Forschung, Innovation und Wettbewerb und weniger Bürokratie und möglichst wenig staatliche Interventionen.
- Ein **starker EU-Binnenmarkt mit offenen Grenzen und die digitale Transformation** sind unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Das europäische Versprechen der Freizügigkeit muss auch in Zukunft Bestand haben. Eine **nachhaltige Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und die digitale Transformation müssen den gesamten europäischen Binnenmarkt einbeziehen**. Offene Grenzen innerhalb des Schengenraums sind ein wesentlicher Bestandteil eines nach innen und außen starken Europas.
- Europa hat sich das Ziel der Klimaneutralität ab dem Jahre 2050 gesetzt. Um dies bei gleichzeitigem **Erhalt der europäischen Wettbewerbsfähigkeit**, Energieautonomie und Industrialisierung zu erreichen, müssen wir die richtigen Anreize setzen, hin zu mehr Innovation, Technologieoffenheit und europäischer Marktführerschaft.
- Wir fordern, den ‚Hydrogen Backbone‘ nachhaltig aufzubauen, funktionierende Energiepartnerschaften mit Afrika und anderen Nachbarn einzugehen, und die europäische Energieunion zu stärken. Ein **europäischer Wasserstoffbeauftragter nach dem Vorbild des deutschen Wasserstoffbeauftragten sollte zu diesem Zweck berufen werden**.
- Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel und Klimawandel greifen ineinander, auch in ihren Innovationspotenzialen. Daher fordern wir einen **marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Ansatz, massive Investitionen in Innovation und Forschung** und eine **Vorreiterrolle Europas bei der Künstlichen Intelligenz**. Auch fordern wir eine europäische **Digital- und Datenunion** mit einem modernen Wettbewerbsrecht auf Basis der sozialen Marktwirtschaft, heimischen Speicher- und Rechenkapazitäten sowie hochwertiger digitaler Bildung.

2) Industrie und Unternehmen in Europa mehr Spielraum und Perspektiven geben!

- Alle neuen **Maßnahmen müssen die spezifische Situation der europäischen Wirtschaft, insbesondere der KMU, berücksichtigen**. Der Green Deal bietet vielfältiges Potential für die heimische Wirtschaft zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Wo allerdings Maßnahmen die Leistungsfähigkeit der Unternehmen einschränken würden, **müssen im Sinne von Maß und Mitte ob und wie der staatlichen Vorgaben sorgfältig abgewogen werden. Ambitionierte Klimaziele können nur erreicht werden, wenn sie breiten Rückhalt in der Bevölkerung und bei den Unternehmen finden**.
- Für die Wirtschaftsbeteiligten in der EU muss das regulatorische Umfeld, das durch den an sich begrüßenswerten Green Deal **leider einen erneuten Bürokratisierungsschub**

erfahren hat, wieder auf ein für KMU leistbares Maß zurückgeschraubt werden. Die in der State of the Union 2023 angekündigten Maßnahmen weisen in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Die Politik darf Unternehmen mit überbordenden Berichtspflichten z.B. wegen des EU Lieferkettengesetzes, der Nachhaltigkeitsberichterstattung und exzessiven Haftungsrisiken nicht zu „Lieferkettenpolizisten“ machen und muss selbst die Verantwortung übernehmen. **Zudem stellt ein übermäßig komplexer und detaillierter Regelungsrahmen KMU vor kaum noch überwindbare Herausforderungen. Wir begrüßen den Vorschlag zum Bürokratieabbau auf europäischer Ebene.**

- Die Europäische Union sollte die **bestehenden Rechtsvorschriften straffen**, um politische Maßnahmen ohne unnötigen Aufwand oder Komplexität umzusetzen und den **Unternehmen die Atempause zu verschaffen**, die sie benötigen, um zu wachsen und die Wirtschaft, um sich zu erholen. **Es sollte die Verpflichtung für die Kommission eingeführt werden, jedem Legislativvorschlag eine Übersicht über die Berichtspflichten für Unternehmer und über neue Verfahrensvorschriften für Behörden beizufügen.** Es würde zu einer besseren Einschätzung der Kosten beitragen, die die gegebene Verordnung mit sich bringen wird.
- Wir lehnen den **EU CO2-Grenzausgleich in seiner jetzigen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit mindernde Form ab**, die dazu führt, dass Unternehmen ihre Standorte aus Europa verlagern (carbon leakage) und befürworten eine **globale CO2-Bepreisung beispielsweise im Rahmen des G7 Climate Club.**
- Um die Energiepreise langfristig zu senken, fordern wir den flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien und begrüßen die Einigung zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Genehmigungen in den Mitgliedstaaten müssen weniger bürokratisch sein. **Kurzfristig sollten alle verfügbaren Energieformen in Europa genutzt werden, um die Energie- und Strompreise zu senken.** Im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien sollte die Digitalisierung der europaweiten Energienetze und die Nutzung von Big Data vorangetrieben werden, um die Effizienz der Energienetze zu steigern.
- Europäische Energieunternehmen könnten einen weiteren Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit leisten. Anreize müssen daher geschaffen werden für Forschung und Entwicklung in innovativen Klimaschutz, zum Beispiel im Bereich der **Solarthermie und in Technologien zur CO2-Entnahme aus der Atmosphäre.**

3) Mit Landwirtschaft in den Dialog treten anstatt zu polarisieren!

- Biodiversität ist ein hohes Gut. Gleichzeitig brauchen unsere Landwirte Schutz, Förderung und eine nachhaltige Zukunftsperspektive. Unsere Landwirte, Jäger, Fischer und Naturschützer sehen wir als **Partner**. Sie sollen daher **gemeinsam, im strategischen Dialog, Lösungen zum Erhalt der Biodiversität und der Zukunft der Landwirtschaft** finden.
- Zugleich setzen wir auf eine **moderne Landwirtschaft- und Umweltpolitik**, die einen **verantwortungsvollen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Wald** schafft, u.a. durch die **flächendeckende Nutzung neuer digitaler Technologien**, welche die **Verzahnung von Wertschöpfungsketten verbessern, Ressourcenverbrauch optimieren** und somit die Entwicklung einer **Kreislaufwirtschaft** fördern können.
- **Die ländlichen Räume zu stärken und für die Menschen attraktiv zu machen** wird helfen, dem **demographischen Wandel in Europa** zu begegnen.

4) Politische Weichen so stellen, dass die soziale Frage nicht neu aufbricht!

- Allen Bürgern soll die Möglichkeit einer klimabewussten Lebensweise offenstehen, unabhängig vom Einkommen. In einer sozialen Marktwirtschaft sind **gezielte Information über und Anreize für nachhaltigen Konsum** der beste Weg dafür.
- **Höhere Wettbewerbsfähigkeit und effektiver Klimaschutz lassen sich nur dann erreichen, wenn die hierfür getroffenen Maßnahmen zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.** Die CDU Brüssel bekennt sich zur **Sozialpartnerschaft** und **fairen, wettbewerbsfähigen Löhnen und Gehältern**. Diese sollten i.d.R. von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden, die mit den Gegebenheiten ihrer Branchen am besten vertraut sind. In Branchen, in denen eine Tarifautonomie nur schwer umsetzbar ist, garantiert der gesetzliche Mindestlohn eine faire Entlohnung.
- **Energie muss bezahlbar bleiben.** Haushalte und Unternehmen werden nur ihren Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten können, wenn die dafür erforderliche ökonomische Grundlage sichergestellt ist. **Die Menschen sollten nicht durch zusätzliche Klimakosten überfordert werden.**

5) Im internationalen Handel besser werden – Global Europe stärken!

- Die CDU Brüssel bekennt sich zu **Freihandel** und **offenen Märkten**. Die Europäische Union muss Resilienz bilden, um das Funktionieren internationaler Lieferketten abzusichern, nicht aber um sich tendenziell von internationalen Märkten zu lösen. **Hierzu bedarf es unvermindert der Aushandlung und Ratifizierung von zusätzlichen bi- und multilateralen Handelsabkommen.**
- Neue mächtige Freihandelszonen wie das Asien-Pazifik-Freihandelsabkommen RCEP stellen Deutschland und die EU mit ihren Klimaschutzambitionen vor gewaltige Herausforderungen. Um ihnen gewachsen zu sein, müssen wir eng mit gleichgesinnten Ländern wie z.B. **den USA, Kanada, Australien, Südamerika, Afrika und vielen anderen zusammenarbeiten.**
- **Multilateralismus** ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Die WTO muss wieder voll funktionsfähig werden und zeitgemäße Regeln für Wirtschaft, Technologie und Handel aushandeln. Sie kann auch zu Fragen der Nachhaltigkeit einen Beitrag leisten, so etwa durch Handelserleichterungen für umwelt- und klimafreundliche Waren und Dienstleistungen. **Daneben müssen aber dringend auch die multilateralen Strukturen im Sozial-, Umwelt- und Klimabereich gestärkt werden.**